

FÜR EIN SICHERES RHEINLAND-PFALZ

SICHERN.

In unserem Land sollen sich Bürgerinnen und Bürger zu Hause, auf Straßen, bei Festen und Großveranstaltungen, in Dörfern und Städten sicher fühlen. Hierfür müssen wir die Polizei in Rheinland-Pfalz nach Jahren des Personalabbaus und der Mittelkürzung unter Rot-Grün wieder stärken und ihre Leistung anerkennen.



Die CDU Rheinland-Pfalz fordert daher:

1. **mittelfristig die Einstellung von 300 zusätzlichen Polizeianwärtern** und **kurzfristig, bereits für 2016, die Einstellung von 85 zusätzlichen Polizeianwärtern.**

Hintergrund: Laut Polizeigewerkschaft sind allein zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik mehr Polizisten vonnöten (SWR, 4.1.16). Frau Dreyer sieht trotzdem keinen Handlungsbedarf (Trierischer Volksfreund, 16.1.16), und die Grünen wollen die Polizei bewusst „auf Kante nähern“ (Allgemeine Zeitung, 11.3.15).

2. die **Ausweitung der Ausbildungskapazitäten** an der Landespolizeischule auf dem Hahn und noch 2016 die **Schaffung von vier zusätzlichen Stellen für Lehrpersonal.**
3. **mehr Richter und Staatsanwälte** für unsere Justiz.

Hintergrund: Im Land fehlen laut Richterbund Rheinland-Pfalz mindestens 37 Richter und 25 Staatsanwälte. Rot-Grün lehnt eine von der CDU geforderte Einstellung ab.

4. eine **Stärkung des Verfassungsschutzes durch Erhöhung der finanziellen Ausstattung.** Das ist nötig, damit der Verfassungsschutz seiner Zuständigkeit – der Beobachtung von Extremisten – nachkommen kann.
5. die **Ausweitung der Videoüberwachung an Brennpunkten und öffentlichen Plätzen**, da diese nachweislich abschreckend auf potenzielle Täter wirkt.
6. die **sofortige und flächendeckende Einführung von Bodycams** an der Kleidung der Polizisten zu deren Schutz.
7. eine Optimierung des Instruments der verdachtsunabhängigen **Personenkontrollen.**
8. Verbesserungen beim strafrechtlichen Schutz vor sexueller Gewalt. Wir wollen das **Sexualstrafrecht reformieren** und auch sexuelle Belästigung unter Strafe stellen.
9. **Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge vom Asylverfahren auszuschließen**, wenn sie rechtskräftig wegen einer **Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung** verurteilt wurden.
10. **straffällige Ausländer schneller und konsequenter abzuschieben.** Das muss Vorrang vor freiwilliger Ausreise haben.

Weitere Infos: www.sicher.cdu-rlp.de